

Vom 07.10.2011

Beginn: 19:00

Ende: 21:42

Anwesend:

Mario Espenschied, Sebastian Scho, Stefan S.

Basierend auf:

http://wiki.piratenpartei.de/NDS:Programmparteitag_2011.1

http://wiki.piratenpartei.de/Landesverband_Niedersachsen/Programmparteitag_2011.1/Protokoll

Inhalt

Private Altersversorgung nach Riester abschaffen	2
Mindestlohn	2
Positionspapier zu Hühnermastanlagen	3
Atomausstieg.....	5
Anpassung des Programms 5.5 Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke	5
Aktive Energiepolitik.....	6

Private Altersversorgung nach Riester abschaffen

Antragsteller

Mario Espenschied

Art des Antrages

Wahlprogramm

Zuständigkeit

Bund

Zusammenfassung

Riesterrente abschaffen

Antragstext

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich dafür ein, die Förderung der privaten Rentenversicherung durch die sogenannten Riesterverträge zu beenden. Altverträge bleiben davon unberührt.

Mindestlohn

Antragsteller

Mario Espenschied

Art des Antrags

Wahlprogramm

Zuständigkeit

Land/Bund

Antragstext

Die Piratenpartei Niedersachsen fordert einen allgemein verbindlichen Mindestlohn von nicht weniger als 8,50 Euro pro Stunde.

Positionspapier zu Hühnermastanlagen

Antragsteller

Michael Leukert

Art des Antrages

Positionspapier

Zuständigkeit

Land

Zusammenfassung

Angesichts der Auswirkungen bei der Ausweitung der Massentierhaltung von Hühnern im südöstlichen Niedersachsen hält die Piratenpartei Niedersachsen es für notwendig, sich zu dieser Problematik zu äußern.

Antragstext

Bau der Hühnerschlachthanlage in Wietze

Wir stellen angesichts der bestehenden Überproduktion und sinkenden Preise die Notwendigkeit der Schlachthanlage und die damit einhergehende Förderung durch die EU und der Landesregierung infrage. Schon vor Inbetriebnahme steht laut Firmenaussage fest, dass hier hauptsächlich für den Export produziert werden soll. Die Errichtung dieser Schlachthanlage wird immense Auswirkungen auf das östliche Niedersachsen haben, da die Errichtung von mindestens 250 Hühnermastanlagen im Umkreis von 200 km notwendig sein wird, um die Kapazität der Schlachthanlage auszuschöpfen. Der in Aussicht gestellte Synergieeffekt durch Schaffung neuer Arbeitsplätze oberhalb des Niedriglohnssektors wird vom Betreiber jedoch nicht hinreichend belegt. Auch eine Schaffung von Arbeitsplätzen in den Mastanlagen ist nach bisherigen Erfahrungen im Emsland nicht zu erwarten.

Exportsubventionen der EU

Schon jetzt wirkt sich die Überproduktion auf die Marktsituation in Afrika aus. Ortsansässige Kleinbauern werden durch die Einfuhr von EU-subsidiertem Fleisch vom Markt gedrängt. Wir fordern ein Ende der Exportsubventionen, damit sich der Markt sowohl in der EU, als auch in den Exportländern selbst regulieren kann.

Gentechnikfreie Futtermittel

Die Piraten Niedersachsen lehnen den Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln in der Massentierhaltung ab. Sollte sich der Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln nicht vermeiden lassen, sind diese daraus gewonnenen Lebensmittel zu kennzeichnen.

Kennzeichnungspflicht der Haltungsform

Wir halten eine Kennzeichnungspflicht der Haltungsform für unabdingbar. Dem Verbraucher muss die Möglichkeit gegeben werden, selbst zu entscheiden, aus welcher Haltungsform er seine Lebensmittel beziehen will. Denkbare Unterscheidungen wären hier so wie bei der Produktion von Eiern, z.B. Freilandhaltung oder Käfighaltung.

Fördermittel für landwirtschaftliche Betriebe

Obwohl wir staatliche Fördermittel für landwirtschaftliche Betriebe nicht ausschließen wollen, halten wir eine Kopplung der Vergabe mit den Haltungsbedingungen für erforderlich. Da eine tiergerechtere Haltung kostenintensiver ist, besteht hier ein erhöhter Bedarf an finanziellem Ausgleich. Demgegenüber ist die industrielle Form der Tierhaltung als nicht förderungswürdig anzusehen und die darauf zielende Förderung durch die EU einzustellen. Wir fordern die in der EU vertretenden Parteien auf, darauf in der EU hinzuwirken.

Vorgeschriebener Einbau von Filteranlagen

Angesichts der erhöhten Emissionen durch Staub und Krankheitserreger fordern wir den zwingenden Einbau von geeigneten Filteranlagen ab einer Besatzdichte von 10.000 Hühnern. Es ist nicht verständlich, dass die umliegenden Anwohner einer erhöhten Geruchsbelästigung und dem Risiko von Krankheitskeimen ausgesetzt werden sollen.

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften

Unverständlich ist die von manchen Gemeinden und Kreisen mangelnde Umsetzung von Gesetzen, wie z.B. die gesetzlichen Vorschriften zu Brandschutzbestimmungen im Genehmigungsverfahren der Mastanlagen. Dass diese erst auf Druck der Bürgerinitiativen eingefordert werden müssen, ist ein unhaltbarer Zustand.

Stärkung der Kommunen durch mehr Einspruchsmöglichkeiten

Da es sich bei den geplanten Mastanlagen um industrielle Landwirtschaft handelt, muss den Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, gegebenenfalls eine Ansiedlung zu unterbinden oder eine Genehmigung mit Auflagen zu versehen. Es kann nicht sein, dass wie im Falle der Stadt Salzgitter dieser nur noch eine Bitte an die Bauern bleibt, vom Bau von Mastanlagen abzusehen.

Beteiligung des Bürgers am Entscheidungsprozess

Nach der augenblicklichen Gesetzeslage hat der Bürger keine Möglichkeit, ein Bauvorhaben zu verhindern, soweit es den gesetzlichen Bauvorschriften entspricht. Seine Einspruchsmöglichkeiten begrenzen sich nur auf Nachbesserungen am Bauvorhaben, wenn der Antrag öffentlich ausgelegt wird. Wir sprechen uns für eine aktive Beteiligung des Bürgers am gesamten Genehmigungsverfahren aus.

Atomausstieg

Antragsteller

Kine Haasler und Jürgen Stemke

Art des Antrages

Grundsatzprogramm

Zuständigkeit

Kommunen / Land / Bund

Zusammenfassung

Energiepolitik

Antragstext

Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie ein. Eine Abschaltung aller deutschen Atomkraftwerke ist innerhalb von vier Jahren möglich. Hiesige Atomkraftwerke sollen nicht als sogenannte "Kaltreserve" weiter betriebsbereit gehalten werden.

Wir fordern einen schnellen Umstieg auf generative und regenerative Energieträger und fordern eine EE-Quote von 50 % bis 2020. Den Bau neuer Kohlekraftwerke lehnen wir ab. Durch einen schnellen Wechsel zu erneuerbaren Energien wollen wir die Strompreise stabil halten und von steigenden Rohstoffkosten fossiler Energieträger entkoppeln.

Anpassung des Programms 5.5 Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke

Antragsteller

Benutzer:Stemke

Art des Antrages

Änderungsantrag

Zuständigkeit

Kommunen / Land / Bund

Zusammenfassung

Anpassung des Programms 5.5 Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke

Antragstext

Streichen des Absatzes:

"Ein weiterer Grund für das Festhalten am Ausstieg, beziehungsweise an einem beschleunigten Ausstieg: Niedersachsen liegt nahe an den unsicheren Reaktoren Schleswig Holsteins. Außerdem ist vom beschlossenen Atomausstieg in den nächsten Jahren in Niedersachsen lediglich das Kernkraftwerk Unterweser betroffen. Dieses Kraftwerk ging 1978 in Betrieb und soll 2011, eher 2012 stillgelegt werden. Es birgt erhebliche Gefahren, die im Schadensfall zu katastrophalen Ereignissen führen."

Aktive Energiepolitik

Antragsteller

Benutzer:Stemke

Art des Antrages

Wahlprogramm bis 2012

Zuständigkeit

Kommunen / Land / Bund

Zusammenfassung

Öffentliche Einrichtungen sollen zu 100 % EE-Strom wechseln

Antragstext

Wir Piraten wollen, dass alle öffentlichen Einrichtungen, alle Gesellschaften in öffentlicher Hand und alle Gesellschaften, bei denen die öffentliche Hand beteiligt ist, ausschließlich 100 % erneuerbaren Strom beziehen.

Bei der Auswahl der Anbieter ist darauf zu achten, dass diese ausschließlich generative und regenerative Energiequellen zur Stromerzeugung nutzen und den Ausbau entsprechender Kraftwerke in Deutschland und in Niedersachsen voran treiben. Sogenanntes "Greenwashing" durch Zertifikate lehnen wir ab.